

Zusammenfassung: Ergebnisse der WvD Sonderumfrage 2023 zur Bürokratie in der Hilfsmittelversorgung

Unverändert hohe Belastungen durch Bürokratie

Bereits die WvD-Branchenumfrage 2022 hatte die hohe Bürokratielast in der Hilfsmittelversorgung aufgezeigt. Fast 100 Prozent der antwortenden Betriebe hatten damals den Umfang der Bürokratie- und Dokumentationspflichten als zu hoch angesehen. Fast zwei Drittel (ca. 65 Prozent) gaben damals an, mehr als 30 Prozent ihrer Zeit im Unternehmen durchschnittlich für Bürokratiepflichten aufzuwenden. Ein Wert, der laut der aktuellen Sonderumfrage für 2023 sogar noch leicht gestiegen ist und nun bei ca. 68 Prozent liegt. Praktisch unverändert bleibt mit circa 27 Prozent der Anteil der Betriebe, die zwischen 20 bis 30 Prozent ihrer Zeit allein auf Bürokratiepflichten verwenden (2022: circa 28 Prozent).

Vertragswirrwarr und ausufernde Dokumentationspflichten sind Bürokratietreiber

Über 96 Prozent der antwortenden Betriebe gaben zudem an, dass der bürokratische Aufwand aus ihrer Sicht in den letzten fünf Jahren gestiegen ist. Die wichtigsten Bürokratietreiber sind dabei aus Sicht der Unternehmen weiterhin die Vielfalt der unterschiedlichen Verträge mit den Krankenkassen im Hilfsmittelbereich mit circa 92 Prozent (2022: 93,5 Prozent) sowie die Dokumentationspflichten gegenüber den Kostenträgern mit circa 86 Prozent (2022: 89,2 Prozent). Weniger relevant als 2022 wurden dagegen die Auswirkungen der MDR gesehen, diese sehen circa 49 Prozent derzeit als einen der größten Bürokratietreiber an (2022: 77,6 Prozent). Mehrfachangaben waren hierbei möglich.

Hohe Kosten und weniger Zeit für die Versorgung

Neben den Bürokratietreibern fragte die Sonderumfrage 2023 auch nach den negativen Folgen der Bürokratielast für die Betriebe. An der Spitze der Nennungen (circa 93 Prozent) standen hier die erhöhten Verwaltungskosten, die nicht über die Kostenträger refinanziert werden und somit einseitig zu Lasten der Betriebe gehen. Zugleich gaben fast 86 Prozent der Betriebe an, dass durch die Bürokratielast weniger Zeit für eigentliche Versorgung und längere Wartezeiten für die Patientinnen und Patienten entstünden. Mehrfachangaben waren hierbei möglich.

Hoffnung auf Bürokratieabbau schwindet

Bezüglich eines Abbaus der Bürokratie waren die befragten Betriebe auch 2023 ausgesprochen pessimistisch. Schon 2022 waren fast 90 Prozent davon ausgegangen, dass die Bürokratiepflichten in Zukunft noch weiter zunehmen werden. Ein Wert, der nun bei fast 100 Prozent liegt. Auffällig dabei: 2022 gaben nur etwa die Hälfte (circa 51 Prozent) der Betriebe, die insgesamt von einer Zunahme der Bürokratiepflichten ausgingen, an, dass diese ihrer Ansicht nach stark bzw. sehr stark ausfallen wird. In der Sonderumfrage 2023 ist der Blick der Unternehmen deutlich pessimistischer: nun gehen über 70 Prozent der antwortenden Betriebe davon aus, dass die Bürokratiepflichten künftig stark bzw. sehr stark zunehmen werden.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Kirsten Abel

Generalsekretärin

Mobil: +49 (0)171 5 60 81 25

E-Mail: abel@wirversorgendeutschland.de

Patrick Grunau

Generalsekretär

Mobil: +49 (0)160 8 85 40 27

E-Mail: grunau@wirversorgendeutschland.de

Über „Wir versorgen Deutschland“ (WvD)

Das Bündnis **Wir versorgen Deutschland e.V.** setzt sich für eine qualitätsgesicherte, wohnortnahe und individuelle Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln ein. Die Mitglieder zählen zu den maßgeblichen Spitzenverbänden und Zusammenschlüssen von Leistungserbringern. Zu dem Bündnis gehören der Bundesinnungsverband für Orthopädie-Technik, die EGROH-Service GmbH, die ORTHEG eG, die Reha-Service-Ring GmbH, die rehaVital Gesundheitsservice GmbH, die Sanitätshaus Aktuell AG sowie der Verband Versorgungsqualität Homecare e.V.

Berliner Büro

Lützowstraße 102-104

10785 Berlin

Tel. +49 (0)30 33 93 35 63

E-Mail: info@wirversorgendeutschland.de

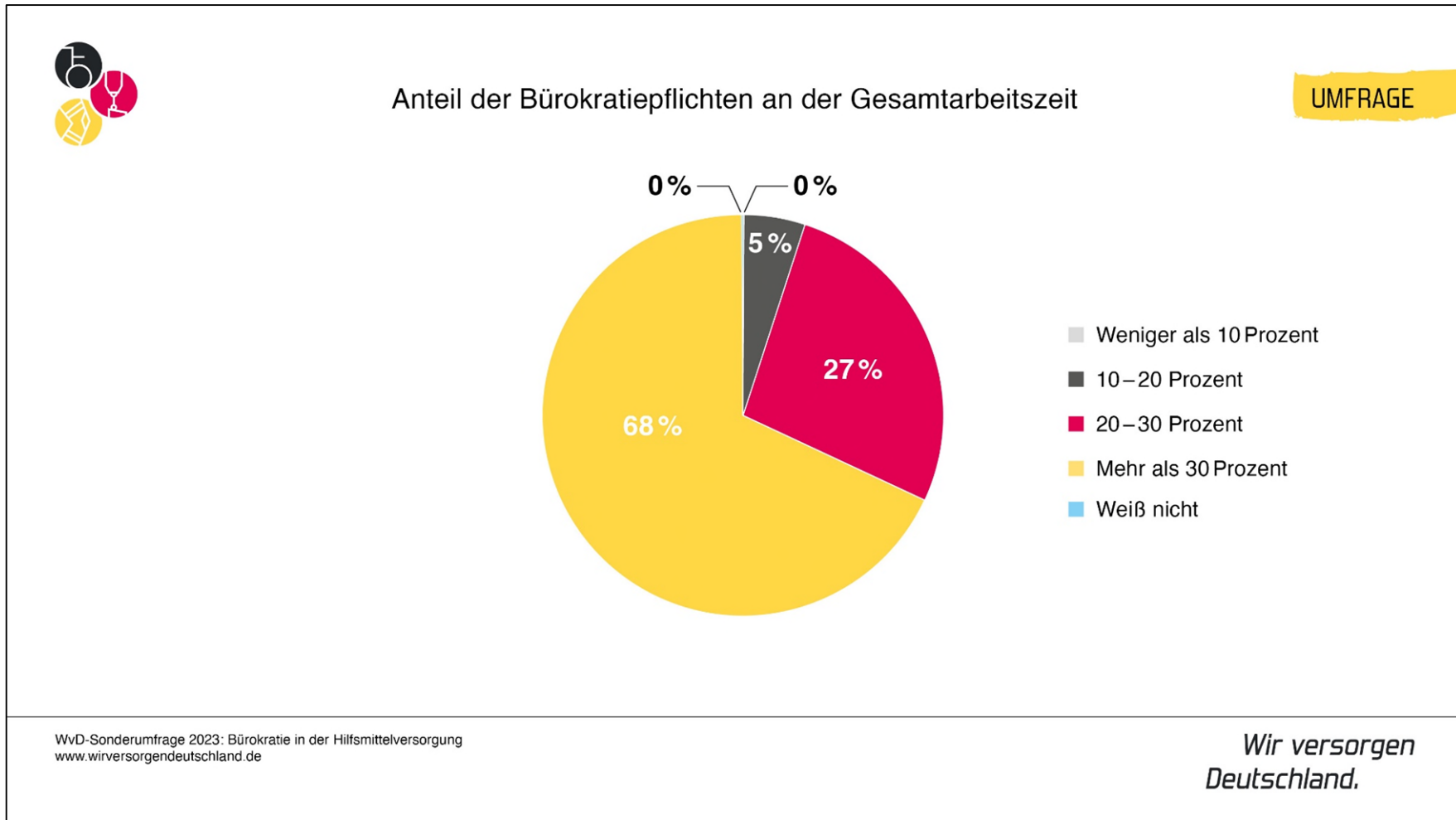
Internet: www.wirversorgendeutschland.de

BT-Lobbyregister-Nr.: R004824

Methodik

„Wir versorgen Deutschland“ stellte die Online-Umfrage seinen Mitgliedsverbänden zur Verfügung, die diese mittels Internet-Link ihren Mitgliedsbetrieben zur Verfügung stellten. Die Umfrage fand im August 2023 statt. Insgesamt haben 355 Unternehmen die Umfrage beantwortet. Mehrfachteilnahmen können dabei nicht ausgeschlossen werden. Teilgenommen haben dabei Betriebe aus allen 16 Bundesländern. Die Mehrheit kam dabei aus Nordrhein-Westfalen (ca. 21 Prozent), Bayern (ca. 16 Prozent), Niedersachsen (ca. 10 Prozent) und Hessen (ca. 9 Prozent). Die Prozentangaben in den Grafiken sind gerundete Angaben. Etwa die Hälfte der antwortenden Betriebe (circa 48 Prozent) gaben an, zwischen 1-19 Beschäftigte zu haben, etwa 26 Prozent gaben an, über 20-49 Beschäftigte zu verfügen. Die übrigen Betriebe haben nach eigenen Angaben mehr als 50 Beschäftigte.

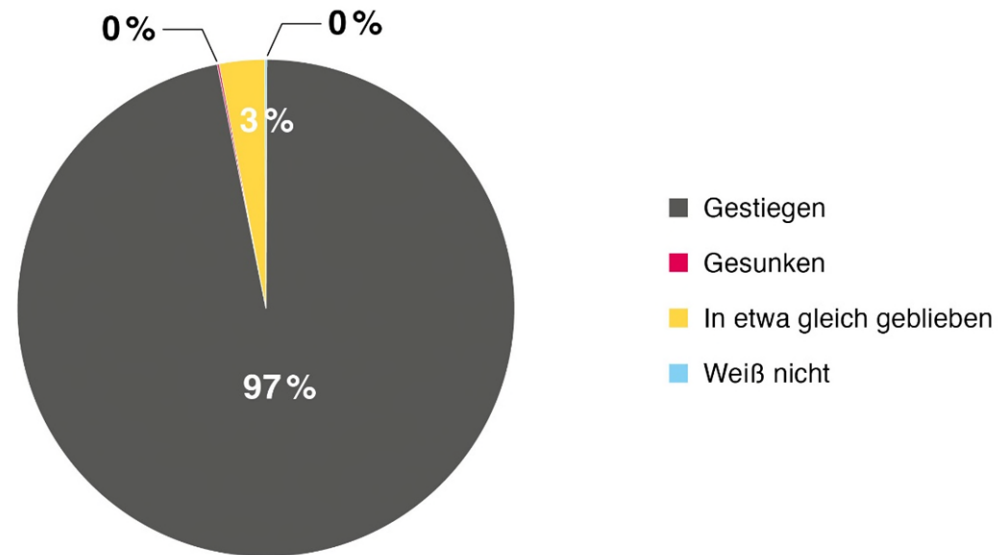
Grafiken





Entwicklung des bürokratischen Aufwandes in den letzten fünf Jahren

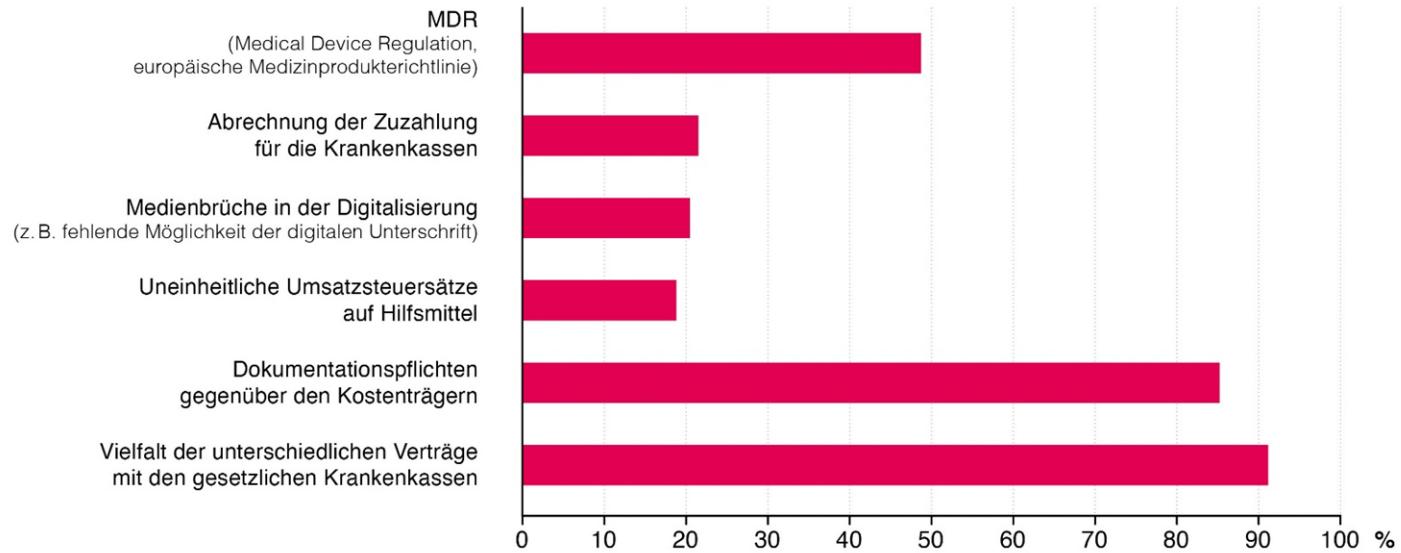
UMFRAGE





Was sind aus Ihrer Sicht die größten Bürokratietreiber?

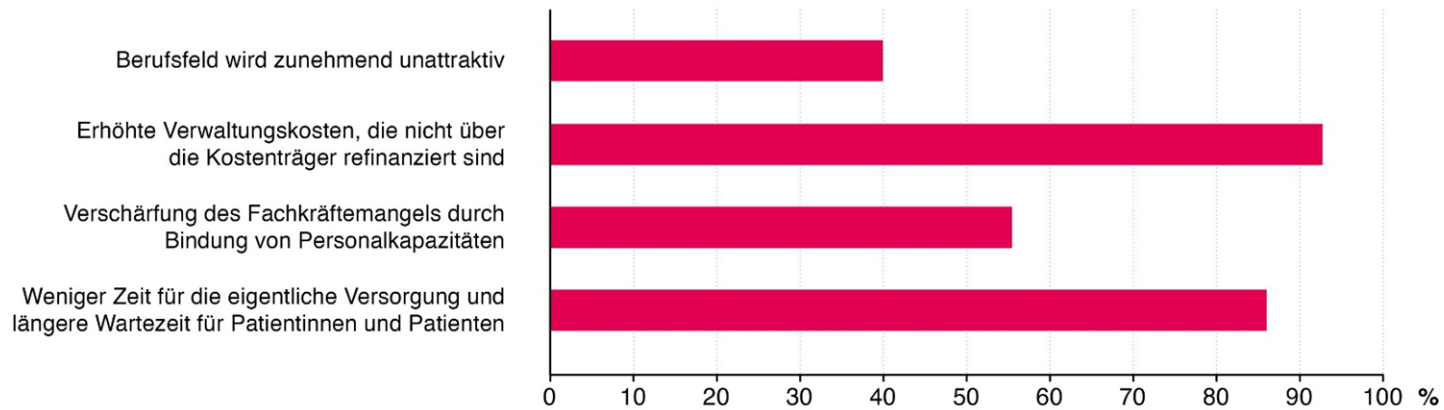
UMFRAGE





Welche Folgen hat die Bürokratiebelastung für Ihren Betrieb?

UMFRAGE





Erwarten Sie zukünftig eine weitere Zunahme der Bürokratiepflichten?

UMFRAGE

